

Pulsnitzer Tageblatt

Preisnehmer 18. Tel.-Nr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — **Erscheint an jedem Werktag** — — —
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezahler
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Beitzelle (Roffe's Zeilenmesser 14)
RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Kamenz RM 0.20. Amtliche Zeile RM 0.75
und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei
zwanagsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Kamenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz
sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäufen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großröhrsdorf, Bretinig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Richtenberg, Klein-Dittmannsdorf
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2 Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Joh. F. W. Mohr) Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 58

Mittwoch, den 10. März 1926

78. Jahrgang

Commerz- und Privat-Bank
Aktiengesellschaft
Zweigstelle Pulsnitz

Wir verzinsen
Bareinlagen
zu günstigen Sätzen
Ausführung sämtlicher Bankgeschäfte zu kulantesten
Bedingungen. — Sachgemäße Beratung kostenfrei

Pulsnitzer Bank
e. G. m. b. H.
Pulsnitz und Ohorn

Amthlicher Teil.

Ueber das Vermögen des Wäsche- und Berufskleiderfabrikanten **Ernst Paul
Gentisch** in **Oberlichtenau**, Bez. Dresden, Nr. 42, wird heute am 9. März 1926, nach-
mittags 4 1/2 Uhr **das Konkursverfahren eröffnet**.

Der Rechtsanwalt Dr. Schröpfer in Pulsnitz wird zum Konkursverwalter
ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum **31. März 1926** bei dem Gericht anzumelden.

Es wird zur Beschlußfassung über die Verbeibehaltung des ernannten oder die Wahl
eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und ein-
tretendenfalls über die im § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur
Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

den **9. April 1926**, vormittags 9 Uhr

vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anberaumt.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz hat oder zur Konkursmasse
etwas schuldig ist, darf nichts an den Gemeinschuldner verabfolgen oder leisten, muß auch
den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgeforderte Befrie-
digung beansprucht, dem Konkursverwalter bis zum 31. März 1926 anzeigen.

Amtsgericht zu Pulsnitz.

Kirchensteuer 1925.

Das evangelisch lutherische Landeskonsistorium hat in dem Nachtrag vom 30. Dezem-
ber 1925 zur vorläufigen Kirchensteuerordnung für das kirchliche Rechnungsjahr 1925 die Besei-
tigung der bei der Veranlagung der Kirchensteuer 1925 hervorgetretenen Ungleichheiten angeordnet.
Darnach ist von den Steuerpflichtigen, deren endgültige Einkommensteuer 1925 höher
ist, als das vierfache der bisher der Kirchensteuer zu Grunde gelegten Einkommensteuer-Voraus-
zahlung für das erste Kalendervierteljahr 1925, die auf den Unterschiedsbetrag entfallende Kir-
chensteuer nachzuentrichten.

Ferner werden noch die Steuerpflichtigen zur Kirchensteuer 1925 herangezogen, für die
bei der Veranlagung der Reichseinkommensteuer 1925 ein Steuerbetrag festgesetzt worden ist, von
denen aber bisher Kirchensteuer nicht gefordert werden konnte, weil sie eine Vorauszahlung auf
die Einkommensteuer für das 1. Kalendervierteljahr 1925 nicht zu entrichten hatten.

Wenn die nach der Einkommensteuer 1925 berechnete Kirchensteuer hinter dem Betrage
zurückbleibt, der nach dem bereits zugestellten Kirchensteuerbescheid 1925 zu zahlen war, ist der
entrichtete Mehrbetrag nach rechtskräftiger Veranlagung der Einkommensteuer 1925 auf Antrag
zu erstatten. Dieser Antrag ist, soweit diese Veranlagung schon fest rechtskräftig ist, binnen
4 Wochen nach dem 30. März 1926, im übrigen binnen 4 Wochen nach dem Eintritt der Rechts-
kraft bei der zuständigen Gemeinde zu stellen.

Die nach Absatz 2 und 3 zu erhebende Kirchensteuer wird durch besonderen Bescheid
angefordert werden.

Das Bischöfliche Ordinariat des Bistums Meißen hat für die Mitglieder der römisch-
katholischen Kirche die gleiche Regelung getroffen.

Bei Lohnsteuerpflichtigen, die nicht besonders zur Einkommensteuer veranlagt
werden, bewendet es bei den festgesetzten Beträgen.

Pulsnitz, am 9. März 1926.

Der Stadtrat

als Hilfsstelle des Finanzamtes.

Öffentliche Handelsschule (mit Volkklasse) und Fachschule für Textilindustrie

Montag, am 15. d., abends 6 Uhr:

Entlassung der Handels- und Textilfachschüler

Dienstag, am 23. d., abends 6 Uhr:

Öffentliche Kommissionsprüfung der Erwachsenen in der
Wertmeister-Abendschule.

Pulsnitz, am 10. März 1926.

Studienrat **Holle**, Direktor.

Das Wichtigste

In Genf wurde das Datum für die Abrüstungskonferenz
festgelegt und die Beratungen über eine Kompromißformel
fortgesetzt.

Im Haushaltsausschusse des Reichstages hielt Dr. Curtius
eine Rede über Geldwirtschaft und Handelsverträge.

Der Südtiroler Landtag hat beschlossen, einen Dringlichkeits-
antrag an den Völkerbund zu senden.

Die neuen Kündigungsgesetze im engeren Ruhrrevier haben am
Sonntag 11 850 Arbeiter und Angestellte betroffen.

Thyssen und Krupp halten weitere Entlassungen für un-
abwendbar.

Die britische, die französische und die Sowjetregierung haben
den Wahabiten-Sultan als König von Hedhas und Sul-
tan von Nedjed anerkannt.

Wie die Agentur in Indo-Pazifische aus Tokio berichtet,
hat die Volkszählung ergeben, daß China 436 095 000

Einwohner zählt. Davon entfallen auf Peking 4 Millio-
nen, auf Schanghai 5 1/2 Millionen.

Wie der Mailänder „Corriere della Sera“ meldet, werden
am 1. April in die wiedergewonnenen Gebiete (Südtirol)

9 neue Garnisonen gelegt. Inzwischen ist die Befreiung
der 50 Kilometergrenzzone von den nichtitalienischen Be-
wohnern durchgeführt worden.

Die Lage in Genf.

In Genf laufen allerlei Verhandlungen, Unterhaltungen
Gerüchte. Die deutsche Delegation soll wieder einmal
mögliche getan und nicht getan haben. Es ist falsch,
daß die deutsche Delegation auf neue Instruktionen aus
Berlin wartet, um in einem Kompromiß nachgeben zu können.
Es ist falsch, daß die deutsche Delegation bereit ist, ohne In-

Ratlosigkeit in Genf

Briand vom Präsidenten wieder beauftragt, nachdem Herriot abgelehnt hat. — Schwedens
entscheidender Einpruch.

Nervosität in Genf.

Verhandlungen ohne Ergebnisse. — Unannehmbare Ver-
gleichsvorschläge. — Die deutsche Delegation drängt auf
Entscheidung.

Genf. In der Dienstagssitzung des Völkerbundrates
wurde zwischen Frankreich und England eine Einigung dahin
erzielt, daß die Abrüstungskonferenz am 17. Mai stattfinden
soll, ohne Rücksicht darauf, ob inzwischen Rußland und die
Schweiz ihre diplomatischen Schwierigkeiten beigelegt hätten.
Selbstverständlich bedeutet diese Einigung nicht, daß das
Datum nun feststeht, sondern daß sich ihrerseits die Dele-
gationen mit ihren Kabinetten in Verbindung setzen, so daß
man eigentlich aufs neue von einem vorläufigen Datum
reden kann.

Zu gleicher Zeit trat die ständige Kommission des
Völkerbundes für Land-, See- und Luftstreitkräfte zusammen,
um die Vorarbeiten für die Tagung der neu eingesetzten Kom-
mission der Vollversammlung zu leisten, der die Prüfung der
Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund obliegt. Die
ständige Militärkommission hat sich ohne weiteres dem Bericht
angeschlossen, den die Völkerverkonferenz an den Völk-
erbund erstattet hat und der die Erfüllung der Verpflichtungen
Deutschlands auf militärischem Gebiete festlegt.

Auch die zweite Kommission tagte, die den

Beitrag Deutschlands

festzusetzen hat und den Plan eines Neubaus eines Ver-

sammlungshauses für den Völkerbund betreiben soll. Diese
Kommission wird als Beitrag 2 Millionen Mark vorschlagen.
Die deutsche Regierung wird Wert darauf legen, bei der Fest-
setzung des Beitrages nicht hinter andere Staaten zurück-
gestellt zu werden. — Ueber den

Streit um die Ratsfige

sind zahllose Gerüchte verbreitet, ohne daß in den ersten
Verhandlungen irgend ein Fortschritt gemacht wäre. Unter
den Gerüchten spielt jedoch die Behauptung eine große Rolle,
daß eigentlich für Deutschland die Erweiterung der Ratsfige
vorteilhafter sei als die Beschränkung der ständigen Ratsfige
auf die bisherigen vier Großmächte und auf Deutschland.
Man glaubt diesen merkwürdigen Gedanken damit begründen
zu können, daß Deutschland bei kommenden politischen Kon-
flikten regelmäßig die Entscheidung treffen werde, und daß
es für Deutschland vorteilhafter sei, wenn diese Entscheidung
auch auf andere Mächte gelegentlich abgewälzt werden kann.
Alle

Kompromißversuche Englands und Frankreichs

müssen vorläufig daran scheitern, daß die schwedische
Delegation ganz fest darauf beharrt, gegen jeden
Ratsfige außer den für Deutschland stimmten zu wollen.
Die schwedische Delegation geht dabei im Einverneh-
men mit Holland und der Schweiz von der Auf-
fassung aus, daß die Stellung der kleinen Mächte in Genf
gefährdet ist, wenn die Zahl der Großmächte im Völkerbundrat
vermehrt wird und daß dabei auch das Prinzip der Ein-

